

Aus Verantwortung für Liechtenstein

Mit Herz und Weitblick Zukunft schaffen

Das Liechtenstein-Programm 2013-2017

In den vergangenen vier Jahren ist vielen Menschen in Liechtenstein bewusst geworden, dass sich das Land nicht mehr alles leisten kann, was man sich bisher gewohnt war. Mit politischem Mut, Ehrlichkeit und weit-sichtigem Handeln hat sich die VU in der zu Ende gehenden Legislaturperiode für gute Antworten auf die grossen Veränderungen um uns herum stark gemacht. Unser Land hat nach turbulenten Zeiten die aussen-politische Stabilität gefestigt und wichtige, seit Jahren ungelöste Reformprojekte vorgebracht. Dabei hat die VU ihre Verantwortung als Volkspartei so wahrgenommen, dass die gemeinsamen Interessen aller Liech-tensteinerinnen und Liechtensteiner bestmöglich und nachhaltig gewahrt bleiben.

Dem Wohlfahrtsstaat Liechtenstein, der sich bisher nur nach oben entwickelt hat, sind seine Grenzen aufge-zeigt worden. Viele Menschen und Betriebe im Land spüren die Auswirkungen der von aussen getriebenen Veränderungen und Einschränkungen. In dieser Zeit ein Plus an Lebensqualität zu versprechen, hat nichts mit verantwortungsvoller Politik zu tun. Die VU bleibt auch im Wahlkampf realistisch, indem sie der Bevölke-rung reinen Wein einschenkt und sich für nachhaltig gute Lösungen einsetzt, mit denen sich das Land für die Bewältigung der heutigen und künftigen Herausforderungen in eine gute Ausgangslage bringt.

Wie der liechtensteinische Weg in die Zukunft aussieht, wird sich im kommenden Februar entscheiden. Es wird eine Entscheidung darüber, welche Politik für die Bewältigung der anstehenden Fragen, insbesondere auf dem Finanzplatz und bei der Sanierung der Staatsfinanzen, von den Wählerinnen und Wählern als geeig-ner angesehen wird: Die Weiterführung der heutigen Koalitionspolitik, die dem Land Stabilität und Hand-lungsoptionen gebracht hat und auch für die Zukunft sichert, oder eine Politik der unrealistischen Verspre- chungen.

Das Handeln der VU stellt sich der heutigen liechtensteinischen Realität – einer Realität, aus der wir uns mit gemeinsamen Anstrengungen und einer langfristig angelegten Landesstrategie wieder nach vorne bewegen. Aus Verantwortung für Liechtenstein hat die VU als Mehrheitspartei in der Koalition einen Weg eingeschla-gen, der uns mit vereinten Kräften an dieses Ziel führen wird. Für eine erfolgreiche Weiterentwicklung Liech-tensteins braucht es die politische Kontinuität und die Fortsetzung der von der Koalitionsregierung gemein-sam vorgezeichneten Strategie 2020. Die VU lädt alle dazu ein, mit Mut und Weitblick für unser Land eine gute Zukunft zu schaffen. Unterstützen Sie uns dabei!

Vaterländische Union



Jakob Büchel, Parteipräsident

Die neuen Herausforderungen und die Perspektiven für Liechtenstein

Unsere Verantwortung für die Zukunft – eine Richtungswahl

Die Landtagswahlen 2013 werden zu einer Richtungswahl, bei der die VU für die Weiterführung des von der Koalitionsregierung eingeleiteten Kurses zur Stärkung und Stabilisierung Liechtensteins eintritt. Unser Land ist nicht dank Polemik und kurzfristigen Versprechen erfolgreich, sondern dank dem Willen zur echten Verantwortung. Eine Umkehr vom eingeschlagenen Kurs würde Liechtenstein zurückwerfen und die grossen Anstrengungen der letzten Jahre zunichtemachen.

Mit dem Mut zur unbequemen Wahrheit und mit entschlossenem Handeln hat die VU die liechtensteinische Politik in einer anspruchsvollen Zeit umsichtig mitgestaltet. Nicht die Verneinung des unumkehrbaren Wandels, sondern die Gestaltung des Fortschritts für heute und morgen heisst für die VU die Herausforderung, vor der wir stehen. Die Vaterländische Union sieht sich in der Verantwortung für alle Menschen in Liechtenstein. Unsere Volkspartei ist die politische Heimat für breite Kreise der Bevölkerung und sucht gerade deshalb den gerechten Ausgleich der Interessen.

Die Vaterländische Union konzentriert sich in den kommenden vier Jahren vor allem auf die Ermöglichung eines nachhaltigen Wachstums, um die Folgen der Krise zu überwinden. Damit wir dieses Ziel erreichen, müssen wir den Staatshaushalt zeitnah konsolidieren sowie die notwendigen Zukunftsinvestitionen intelligent und grössenverträglich als Hebel für die Standortentwicklung einsetzen.

Die Vaterländische Union hält deshalb am Ziel eines möglichst rasch wieder ausgeglichenen Haushalts fest. Dafür reichen die bereits umgesetzten und noch kommenden Sparprogramme alleine nicht aus. Deshalb tritt die VU für wohl überlegte Massnahmen auf der Einnahmenseite ein, von denen untere und mittlere Einkommen nicht betroffen sein sollen. Die Sanierung des Haushalts zur Vermeidung eines unverantwortlichen Abbaus der Staatsreserven ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit und der Vernunft. Der Staat muss wieder in die Lage versetzt werden, die Rahmenbedingungen für die Bevölkerung und die Unternehmen ohne Defizitwirtschaft attraktiv zu gestalten. Je grösser die Fortschritte bei der Haushaltssanierung, desto grösser die Gestaltungsspielräume des Landes.

Finanzen

Verteidigung einer Untergrenze bei den Staatsreserven

Das schuldenfreie Land mit einem heute noch beträchtlichen Vermögenspolster trägt massgeblich zur finanziellen Stabilität der liechtensteinischen Volkswirtschaft bei. Die VU setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass dieser wichtige Standortvorteil erhalten bleibt. Zur Erreichung dieses Ziels will die VU eine parteiübergreifend festgelegte Mindesthöhe der Staatsreserven erreichen, die konsequent mit der dafür erforderlichen Ausgaben- und Einnahmenpolitik verteidigt werden soll.

Bewahrung der finanziellen Unabhängigkeit

Die Vaterländische Union war die treibende Kraft bei der Umsetzung des Sparprogramms zur Sanierung des Staatshaushalts. Mit den bisher beschlossenen und noch geplanten Ausgabenkürzungen alleine kann jedoch das Ziel einer ausgeglichenen Landesrechnung nicht zeitnah erreicht werden. Ohne zusätzliche Massnahmen zur Verbesserung der staatlichen Einnahmen verringern sich die Staatsreserven in den nächsten Jahren dramatisch. Bei der Dimension des strukturellen Defizits in der Landesrechnung steuert das Land auf einen kompletten Abbau der Reserven mit gravierenden Folgen zu. Liechtenstein kann sich seine finanzielle Unabhängigkeit auf Dauer nur mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt erhalten. Die VU vertritt eine Finanzpolitik, mit der wir unsere Aufgaben auch künftig aus eigener Kraft – ohne Kredite und Staatsanleihen – erfüllen und Impulse für eine gute Zukunftsentwicklung setzen können.

Wirksam dem Reservenabbau entgegentreten

Zusätzlich zum Sparprogramm braucht es auch Massnahmen auf der Einnahmenseite, um den massiven Reservenabbau *rechtzeitig* zu stoppen. Wohin sich die Landesrechnung in den nächsten Jahren entwickeln wird, hängt von der politischen Grundsatzfrage ab, was wir dieser gefährlichen Entwicklung entgegensetzen wollen. Bei der ganzen Diskussion um die Sanierung unseres Staatshaushalts darf man den Faktor Zeit nicht aus den Augen verlieren. Wenn wir zuwarten, bis allfällige künftige Ausgabenreduktionen ihre volle Wirkung entfalten, dann riskieren wir eine noch längere Zeit anhaltende Phase mit gravierenden Defiziten und gefährden damit unser Staatsvermögen. Das kann nicht im Interesse unseres Landes sein, weshalb die VU zusätzlich zur Fortsetzung des heutigen Sparkurses aktiv für eine Verbesserung der Einnahmensituation eintritt. Das bedeutet, dass parallel zu weiteren Ausgabensenkungen auch bei der Besteuerung (z.B. bei sehr hohen Einkommen oder durch ein DBA mit der Schweiz zur Grenzgängerbesteuerung) wirtschafts- und sozialverträgliche Anpassungen ins Auge gefasst werden, um damit die dramatische Entwicklung der Staatsfinanzen wieder ins Lot zu bringen.

Dafür setzen wir uns ein:

- § Die zeitnahe Erreichung eines ausgeglichenen Staatshaushalts in der kommenden Legislaturperiode und eine verbindliche politische Aussage zur Bewahrung eines Mindestsockels an Staatsreserven.
- § Standardisierter Prozess zur Überprüfung der vom Staat wahrgenommenen Aufgaben bezüglich Einsparungen und möglicher Vereinfachungen für die Kunden der Landesverwaltung auf der Grundlage der Regierungs- und Verwaltungsreform. Wir wollen dem Grundsatz treu bleiben, dass sich der Staat bei seinen Aufgaben auf das Notwendige beschränkt und nur das selbst ausführt, was andere nicht besser können. Der eingeengte finanzielle Spielraum bedingt, dass sich der heute defizitäre Staat wieder stärker auf seine Kernaufgaben konzentriert.
- § Ausbau des DBA-Netzes nach wirtschafts- und fiskalpolitischen Prioritäten, insbesondere der Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens mit der Schweiz.
- § Einsetzen einer Arbeitsgruppe zur Ermittlung des Einsparungspotenzials bei einer engeren Zusammenarbeit in Gemeinde- und Landesaufgaben, wie dies in der Praxis teilweise bereits mit Erfolg gehandhabt wird.
- § Überprüfung einer Konzentration der Vertretungen im Ausland unter Aufrechterhaltung der heutigen Qualität in der Interessenvertretung des Landes.
- § Stärkere Beschränkung der öffentlichen Bauten und Anlagen auf das zur Aufgabenerfüllung notwendige Mass (Zweckbauten).

Wirtschaft

Wirtschaftsförderung und Innovationen auf dem Finanzplatz

Die Vaterländische Union will den liechtensteinischen Unternehmen Rahmenbedingungen bieten, mit denen sie sich wirtschaftlich nachhaltig entwickeln können, und damit die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum ermöglichen. Wichtige Pfeiler sind stabile Aussenbeziehungen mit einem diskriminierungsfreien Zugang zu den Märkten, eine hohe Rechts- und Planungssicherheit, eine effiziente Verwaltung mit unterstützenden Dienstleistungen sowie eine attraktive, investitionsfördernde Unternehmensbesteuerung. Auf all diesen Gebieten ist das Land in den letzten Jahren gut vorangekommen. Nun geht es darum, mit weiteren Massnahmen zur Wirtschaftsförderung und mit Innovationen auf dem Finanzplatz die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung aktiv zu unterstützen.

Besserer Zugang zu Ressourcen

Für eine qualitative und wertschöpfungsstarke Erhöhung der Wirtschaftsleistung will die VU den Betrieben den Zugang zu dringend benötigten Ressourcen erleichtern, damit Expertenwissen und die in Liechtenstein nicht in ausreichender Zahl vorhandenen Fachkräfte gesichert werden können. Die von der VU als notwendig erachteten Wachstumsimpulse setzen auf eine sozialverträgliche, politisch verantwortbare Zulassungspolitik. Die Vaterländische Union sucht in dieser Frage einen breit abgestützten politischen Konsens, in den die heutige Grenzgängerpolitik mit Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen ebenso einbezogen werden soll wie pragmatische Lösungen unter grundsätzlicher Beibehaltung von Zuzugsbeschränkungen. Wettbewerbsfähige und innovative Betriebe mit den besten Köpfen schaffen gute Zukunftsperspektiven für attraktive Arbeitsplätze und ein breites Ausbildungsspektrum für unsere Jugend.

Neue Impulse für unseren Finanzplatz

Mit dem neuen Steuerrecht, dem Aufbau eines investitionsfördernden DBA-Netzes, dem modernen Stiftungsrecht, der Stärkung des Versicherungs- und Fondsplatzes sowie verschiedenen anderen Impulsen für innovative, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Geschäftsmodelle hat Liechtenstein in den vergangenen Jahren zukunftsfähige Strukturen geschaffen. Auf dieser Grundlage will die VU die Marktteilnehmer dabei unterstützen, die Chancen des rechtzeitig vollzogenen Paradigmenwechsels auf den Finanzplätzen zu nutzen und sich mit einer zukunftsgerichteten Finanzplatzstrategie neu zu positionieren.

Offen und international vernetzt

Die Vaterländische Union hat den Mut zu den notwendigen Veränderungen und ist davon überzeugt, dass nachhaltige Lösungen und innovative Produkte eine gute Grundlage für eine positive Weiterentwicklung auf dem Finanzplatz bilden. Die internationale Vernetzung Liechtensteins ist sowohl Voraussetzung für unsere wirtschaftliche Stärke als auch Garant für stabile Aussenbeziehungen. Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die unseren Unternehmen gute Rahmenbedingungen bereitstellt, den Standort Liechtenstein stärkt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe fördert.

Dafür setzen wir uns ein:

- § Die Verbesserung des Zugangs zu den Ressourcen «Wissen» und «Fachkräfte» zur Förderung des Unternehmensstandorts Liechtenstein. Wo auch bei intensiver Ausbildung und optimaler Erschließung der inländischen Ressourcen zusätzliche Fachleute und Talente benötigt werden, sollen Spezialisten – basierend auf einem politischen Konsens und in Abstimmung mit der heutigen Grenzgängerpolitik – erleichtert zugelassen werden.
- § Die Stärkung des dualen Systems in der Berufsausbildung durch eine Besserstellung von Ausbildungsbetrieben, die sich für die Nachwuchsförderung engagieren und damit ermöglichen, dass für unsere Jugend genügend Lehrstellen vorhanden sind.
- § Eine auf die liechtensteinischen Verhältnisse besser zugeschnittene Raum- und Zonenplanung, damit der knappe Boden optimal ausgenutzt werden kann (z.B. AZ-Erhöhung in dafür geeigneten Industrie- und Gewerbebezonen).
- § Die Landesverwaltung soll auf der Grundlage der Regierungs- und Verwaltungsreform die notwendigen Voraussetzungen erhalten, damit Abläufe beschleunigt und Servicefunktionen erweitert werden können.
- § Weiterentwicklung der Infrastrukturen (Mobilität, Energie und Kommunikation) unter Beachtung der ökologischen Auswirkungen und den Prämissen der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts und der Finanzierbarkeit.
- § Unterstützung der Finanzdienstleistungsbranche bei der Umsetzung der Finanzplatzstrategie
- § Nutzung und Weiterentwicklung des Standortmarketings
- § KMU-Check bezüglich Bürokratieabbau unter Mitwirkung von Gewerbevertretern
- § Förderung einer durchlässigen Arbeitsmarktpolitik

Familienpolitik

Familiengerechter, bedarfsorientierter Lastenausgleich

Die VU steht für eine lebenslauforientierte Familienpolitik, die alle Phasen des Familienlebens von der Erziehungsleistung bis zur Pflege im Alter berücksichtigt. Die Leistung der Familien für die älteren Menschen verdient genauso Anerkennung wie die Erziehung von Kindern.

Der demografische Wandel ist eine zentrale Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft. Dem stellt sich die VU mit einer Politik, die zu nachhaltig finanzierten Lösungen für unsere Sozialwerke beiträgt. Wir werden die Familie auch in Zeiten beschränkter öffentlicher Mittel weiter stärken. Deshalb bekennt sich die VU zu einer bedarfsgerechten finanziellen Unterstützung von Familien mit Kindern und spricht sich gegen das Giesskannenprinzip aus.

Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen

Die Familien sind der Kern unserer Gesellschaft. Es ist das Anliegen der liechtensteinischen Politik, den Familien Wahlmöglichkeiten zu schaffen und in unserer Gesellschaft insgesamt ein Klima zu fördern, das auf Respekt für die unterschiedlichen Lebensmodelle aufbaut. Deshalb werden wir die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen, auch für die Frühförderung, weiterhin unterstützen. Wir streben landesweit ein ausreichendes und flexibles Angebot an, das sich an den Bedürfnissen der Kinder, Mütter und Väter orientiert. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sich mehr junge Männer und Frauen für Familie und Kinder entscheiden – und damit Familienleben, Erziehung und Kinderbetreuung mit der Erwerbstätigkeit in Einklang gebracht werden können. Was für die Betreuung der Kinder gilt, muss auch für die Pflege von Eltern und Grosseltern gelten. Mit Initiativen zur Förderung «familienfreundlicher Betriebe» soll das einsetzende Umdenken in der Wirtschaft beschleunigt werden.

Familien mit Kindern stärken mit einem Gesamtkonzept

Die VU sieht im Ausbau des ergänzenden ausserhäuslichen Betreuungsangebots nicht nur eine wichtige familienpolitische Aufgabe, sondern auch den Schlüssel zur Gewinnung qualifizierter Frauen für unsere Wirtschaft. Mit einem durchgängigen Gesamtkonzept für die Frühförderung, die Kindertagesstätten und anderen Formen der Tagesstrukturen bis zur Tagesschule und -betreuung will die VU die verschiedenen privaten und öffentlichen Angebote bündeln. Die VU tritt für ein finanzierbares Modell ein, das eine enge Zusammenarbeit von Land und Gemeinden mit der Wirtschaft und mit privaten Leistungserbringern wie dem Verein Kindertagesstätten Liechtenstein anstrebt.

Dafür setzen wir uns ein:

- § Ein bedarfsgesteuertes Transfersystem, damit die Leistungen dort ankommen, wo sie gebraucht werden (z.B. Überprüfung der kostenneutralen Umverteilung mit einer einkommensabhängigen Abstufung des Kindergeldes).
- § Die Betreuungsstrukturen für Kinder sichern, bündeln und bedarfsgerecht weiterentwickeln, einschliesslich der sprachlichen Frühförderung von Kindern.
- § Gleichstellung in der Altersvorsorge von Elternteilen, die sich ganz der Kinderbetreuung widmen oder die Erwerbstätigkeit vorübergehend aufgeben. Ein solches Modell soll zeitnah bezüglich der Finanzierbarkeit überprüft werden.
- § Ermöglichung der Zulassung von professionellen Betreuungs- und Pflegepersonen zum Schliessen von Lücken im Pflegebereich.
- § Administrative Vereinfachungen (Beratung/Unterstützung) für pflegebedürftige Personen und die Angehörigen im Bereich des Pflegegelds.
- § Neuregelung der unbefriedigenden Situation bei Schwangerschaftskonflikten unter Einbezug von flankierenden sozial- und familienpolitischen Massnahmen.

Umwelt, Energie und Mobilität

Wohn- und Lebensqualität bewahren

Verkehrsentlastung in den Wohngebieten

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen und Voraussetzung für individuelle Lebensqualität. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist ein zentraler Standortfaktor für eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft. Die Strasse als wichtigster Verkehrsträger in Liechtenstein stösst zunehmend an Kapazitätsgrenzen. Um das heutige Verkehrsregime zu entlasten, sollen stärkere Anreize für die Benützung des öffentlichen Verkehrs, einem Mix aus Bus und Bahn, zum Tragen kommen. Wir sprechen uns für regional eingebettete, mit den Nachbarstaaten koordinierte Verkehrslösungen aus, die Wohngebiete vom motorisierten Individualverkehr entlasten. Die VU lehnt einseitig vorangetriebene Verkehrsmassnahmen mit direkten Auswirkungen auf Liechtenstein ab, wie dies bei der geplanten Südumfahrung von Feldkirch der Fall ist. Aufgrund der guten und engen Zusammenarbeit mit Vorarlberg setzt die VU auf einen politischen Dialog mit unseren Nachbarn, dass ein solches Projekt die ohnehin schon angespannte Verkehrssituation im Liechtensteiner Unterland weiter verschärft. Zu bedenken ist auch, dass das Entlastungspotenzial und der Umsteigeeffekt auf die Bahn unter dem Bau einer Hochleistungsstrasse bis zur Liechtensteiner Grenze beeinträchtigt würden.

Nachhaltige Energie- und Umweltpolitik

Die Weichenstellungen im Bereich Umwelt und Energie gehören zu den grössten Herausforderungen der Gegenwart mit Auswirkungen auf die Lebensqualität kommender Generationen. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind Kernanliegen unserer Politik. Wir sehen im marktwirtschaftlich orientierten europäischen Emissionshandelssystem einen zielführenden Weg zu einer ausgewogenen Balance zwischen Ökonomie und Ökologie, was auch in Liechtenstein die Reduktion des Schadstoffausstosses begünstigen wird. Die VU steht für einen klimafreundlichen Energiemix unter starkem Einbezug der erneuerbaren Energien. Es ist eine unserer vordringlichsten Zukunftsaufgaben, Klimaschutz und Mobilität in Einklang zu bringen. Ziel muss eine Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr sein, was aufgrund der Topografie in Liechtenstein nach wie vor eine grosse Herausforderung darstellt. Wir setzen uns für eine praktikable Umweltpolitik ein, die mit Augenmass betrieben und nicht zur Verhinderungspolitik von wichtigen Infrastrukturprojekten wird.

Lebensgrundlagen schützen

Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen erhalten. Eine ökologisch orientierte Landwirtschaft, die umweltschonend und tiergerecht produziert, hat grossen Anteil daran. Sie leistet einen Service Public, weil sie unsere Kulturlandschaft pflegt, uns mit gesunden Lebensmitteln versorgt und umweltfreundliche, nachwachsende Rohstoffe liefert. Die bewährten Betriebsstrukturen sollen erhalten bleiben und gefördert werden, damit wir unseren Bauern zur Erfüllung ihrer wichtigen Aufgabe eine solide Existenzgrundlage sichern können. Ergänzend zur traditionellen Landwirtschaft entstehen aus innovativen Betriebskonzepten agrarnahe Dienstleistungen und Produkte für einen wachsenden Markt.

Dafür setzen wir uns ein:

- § Grundlage für die weitreichenden verkehrsplanerischen Weichenstellungen bildet ein aktualisiertes Gesamtverkehrskonzept für Liechtenstein und die Region. Rasche Aufbereitung der Entscheidungsgrundlagen bezüglich einer regionalen Verkehrslösung aus dem Raum Vorarlberg nach Liechtenstein (S-Bahn) und Einbezug der daraus gewonnenen Erkenntnisse auf das Projekt Südumfahrung von Feldkirch. Beachtung der zunehmenden Grenzgängerströme aus der Schweiz, um künftige Entwicklungen vorzusehen und um frühzeitig adäquate Lösungen zu finden.
- § Weiterentwicklung eines durchgängigen Radwegnetzes.
- § Verantwortungsbewusster, effizienter Umgang mit knappen Ressourcen und die Bekämpfung des Klimawandels durch die Erschließung von erneuerbaren Energiequellen. Unsere Energiestrategie setzt auf Energiesicherheit, ökologische Verträglichkeit, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energiepreise und grössere Unabhängigkeit vom Ausland.
- § Ökologische Ausgestaltung der Wohnbauentwicklung in Liechtenstein und eine gezielte Sensibilisierung der Bevölkerung für umweltschonendes und energiesparendes Verhalten.
- § Geordnete Entwicklung von Raum und Verkehr, insbesondere durch punktuelle Verkehrsentlastungen von Wohnquartieren und Schaffung der Voraussetzungen, damit in den dafür geeigneten Gebieten gemeindeübergreifende Industrie- und Gewerbezone entstehen können.

Gesellschaft, Bildung und Gesundheit

Grössenverträgliche liechtensteinische Lösungen

Individuelle Förderung für mehr Chancengerechtigkeit

Im Zeitalter der globalen Wissensgesellschaft kommt der Bildung sowohl aus gesellschaftspolitischer wie auch wirtschaftlicher Sicht eine noch grössere Bedeutung zu. In Liechtenstein soll jedes Kind gemäss seiner Begabung optimal und individuell gefördert werden. Darin liegt ein wichtiges Zukunftspotenzial unseres Landes. Breit angelegte, durchlässige und allen zugängliche Bildungsangebote sollen für die bestmögliche Chancengerechtigkeit sorgen und unseren Wirtschaftsstandort stärken. Die VU tritt dafür ein, dass Kinder mit punktuellen Defiziten und Kinder mit Migrationshintergrund eine altersgerechte Förderung erhalten, damit sie ihre Schullaufbahn optimal starten können.

Gute und bezahlbare Gesundheitsversorgung

In der liechtensteinischen Gesundheitspolitik wurde viel dafür getan, dass die Bevölkerung eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe medizinische Versorgung erhält und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass das Gesundheitswesen für den Durchschnittshaushalt bezahlbar bleibt. Deshalb setzt sich die VU für eine effiziente und regional abgestimmte Spitalpolitik mit einem gut integrierten und vernetzten Landesspital sowie für einen transparenten Arzttarif ein. Die Qualität in der Gesundheitsversorgung, eine sozialverträgliche Finanzierung und der Zugang zu hochwertigen medizinischen Leistungen stehen als wichtige gesundheitspolitische Ziele unseres Landes ausser Frage. Grösstes Augenmerk schenkt die VU im Rahmen der Entlastung des Staatshaushalts einem sozialverträglichen Finanzierungsmodell der Krankenversicherung, auf das vor allem untere und mittlere Einkommen dringend angewiesen sind.

Soziales Miteinander pflegen

Das Alter, die angeschlagene Gesundheit, eine Behinderung, finanzielle Schwierigkeiten oder Arbeitslosigkeit gehören zu jenen Lebenssituationen, in denen wir ganz besonders auf die Solidarität und Hilfe anderer angewiesen sind. Der Sozialstaat sorgt dafür, dass die Menschen in Liechtenstein auch künftig auf ein soziales Netz vertrauen können. Dafür muss der Staat angesichts der demografischen und finanziellen Entwicklungen seine Finanzierungskonzepte für die Sozialwerke überdenken. Im Vordergrund stehen dabei die soziale Sicherheit des Menschen, die Solidarität mit den Schwächeren und die Lebensqualität für die Seniorinnen und Senioren.

Dafür setzen wir uns ein:

- § Förderung der frühkindlichen Entwicklung und gezielte Unterstützung der Kinder durch Sprachförderung.
- § Wohnortnahe Schulstandorte unter Berücksichtigung der bildungs- und finanzpolitischen Prioritäten sowie der landesweiten Gleichbehandlung im Schulbautenkonzept.
- § Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit in der Gesundheits- und Spitalpolitik, damit die verschiedenen Angebote sinnvoll ergänzt und optimal auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnitten werden können.
- § Sozialverträgliches Finanzierungsmodell der Krankenversicherung vor dem Hintergrund der angestrebten Entlastung des Staatshaushalts (Alle tragen mit: Patienten, Ärzte, Krankenkassen).
- § Stärkung der Patienten-Eigenverantwortung durch entsprechende Versicherungsmodelle und Kostentransparenz bei den Leistungserbringern, um sozialverträgliche Prämien sicherzustellen.
- § Langfristige Sicherung der Sozialwerke durch ein den neuen Gegebenheiten angepasstes Finanzierungs- und Leistungskonzept.
- § Stärkung der Schulautonomie.